

Wolfgang Kühn

Ein Facharbeitermangel fällt nicht vom Himmel

Der deutsche Wirtschaftsaufschwung ist gefährdet – nicht nur die Euro-Krise oder die Turbulenzen auf den Finanzmärkten – sondern auch ein zunehmender Fachkräftemangel, das ist die neue Schreckensmeldung, die einhellig Bundesregierung und Wirtschaftsverbände eifrig verbreiten. Der deutsche Arbeitsmarkt bietet keine freien Fachkräfte an, nur noch das Ausland kann helfen, um den jetzigen Aufschwung fortzusetzen.

Es mag tatsächlich für manche Berufe und Standorte, beispielsweise Modellbauer in Schweinfurt einen vorübergehenden Fachkräftemangel geben, aber aus einigen singulären Erscheinungen kann keineswegs auf einen flächendeckenden Fachkräftemangel in Deutschland geschlossen werden.

Dazu genügt bereits ein Blick in die gegenwärtige Arbeitslosenstatistik nach Berufsgruppen mit dem Stand 30.6.2011. Nur ein Bruchteil der 2,8 Millionen registrierten Arbeitslosen ist ohne Berufsausbildung. Zwar gibt es 255.000 arbeitslose Verkäufer und 122.000 arbeitslose Köche, aber auch höher Qualifizierte wie 31.000 Techniker und 24.500 Ingenieure, Chemiker, Physiker und Mathematiker suchen nach einer Arbeitsstelle. Dieses große Angebot an qualifizierten Kräften blieb bisher ungenutzt. Der nachgewiesene Abbau von Arbeitslosigkeit der letzten zwölf Monate im Bestand dieser qualifizierten Fachkräfte verrät, dass bei dem gegenwärtigen Tempo des Abbaus von Arbeitslosigkeit in diesen Berufsgruppen noch mehrere Jahre gebraucht werden, um die gegenwärtig existierende Unterbeschäftigung von gut ausgebildeten Fachkräften zu beseitigen.

Nicht zu unterschlagen ist in diesem Zusammenhang, dass durch die kurzsichtige Politik der politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Bundesrepublik in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten ein hausgemachter Mangel an Fachkräften durchaus entstehen kann. 15 Jahre hatte man Zeit, die Folgen des drastischen Geburtenknicks in den neuen Bundesländern Anfang der 1990er Jahren auf den heutigen Arbeitsmarkt durch eine kluge Bildungspolitik zu mildern. Das Gegenteil war der Fall. Jährlich beenden etwa 70.000 junge Menschen in der Bundesrepublik ihre schulische Ausbildung ohne einen Abschluss. Hinzu kam, dass selbst für die sich verringerende Zahl von Bewerbern jährlich 60.000 – 80.000 Ausbildungsplätze fehlten.

Ebenso war und ist die Situation bei der Universitäts- und Hochschulausbildung in der Bundesrepublik prekär wie bei der üblichen Berufsausbildung. Nur ein Drittel eines Altersjahrgangs beginnt in der Bundesrepublik mit einem Universitäts- bzw. Fachhochschulstudium. Das ist im internationalen Vergleich bereits ein relativ niedriger Wert, der Mittelwert aller OECD-Staaten liegt bei 56 Prozent. Ein Viertel aller Studierenden in der Bundesrepublik haben in den letzten Jahren ihr Studium vorzeitig abgebrochen, überdurchschnittlich hohe Abbruchquoten gab

es in den Fächern Physik und Geowissenschaften (36 Prozent) und Chemie (31 Prozent). So werden volkswirtschaftlich teure Potentiale regelrecht vergeudet. Die langjährige Bildungsministerin Schavan kann jede Verantwortung für diese Zustände von sich weisen, denn Bildung ist gemäß Grundgesetz Ländersache.

Wenn die reiche Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage ist, ihre Hausaufgaben bei der Ausbildung der jungen Generation vernünftig und rationell zu bewältigen, soll nun das Ausland in die Pflicht genommen werden. Ausländische Fachkräfte sollen nun für das Versagen der hiesigen Bildungspolitik für deutsche Unternehmen abgeworben werden. Dabei denkt man nicht an Experten aus den USA, Kanada oder der Schweiz – die sind nämlich zu teuer – sondern an Fachkräfte aus Ost- oder Südeuropa. Das hat den Vorteil, das Lohnniveau auch der höher qualifizierten Mitarbeiter in der Bundesrepublik weiter niedrig zu halten. Der zweite Vorteil besteht darin, dass so die Ausbildungskosten für diese Arbeitskräfte gespart werden. Hier zeigt sich zugleich die Kurzsichtigkeit der deutschen Eliten: Wenn unsere EU-Partner in Ost- und Südeuropa auf ihre Fachkräfte verzichten sollen, um in der Bundesrepublik zu arbeiten, wie soll dann dort der bestehende Rückstand in der wirtschaftlichen Entwicklung aufgeholt werden, wenn ihnen die dazu erforderlichen Fachkräfte entzogen werden? Die Folgen: Die Ungleichgewichte in der EU werden nicht nur finanziell sondern auch wirtschaftlich wachsen und neue Widersprüche in der Staatengemeinschaft dank der Kurzsichtigkeit deutscher Eliten entstehen.